

Bericht Haushalt Röttenbach 2018

Die Verwaltung der Gemeinde Röttenbach legte in der jüngsten Sitzung des Gemeinderats den Haushaltsplan für das laufende Jahr 2018 vor. Pit Straß präsentierte die Zahlen für den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt. Bürgermeister Thomas Schneider stellte das Ergebnis zur Diskussion, bevor der Haushalt mit 10:4 Stimmen angenommen wurde. Alle Gegenstimmen kamen von der CSU.

Infolge der für 2018 geplanten außergewöhnlich hohen Investitionen in den Bereichen Verkehr und Bauwesen (wir berichteten davon) erhöht sich das Gesamthaushaltsvolumen (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) von 8,43 Millionen Euro im Jahre 2017 auf 12,38 Millionen Euro im Jahre 2018, das entspricht einer Steigerung um 46,72% (gegenüber dem Jahr 2010 sogar um 110 %).

Auslöser für diese rasante Entwicklung sind nicht nur der Anstieg der Einwohnerzahl – seit 2014 um über 10% auf aktuell 3225 –, sondern auch die im selben Zeitraum um 66% erhöhte Steuerkraft der Gemeinde. Bereits 2017 wurde gegenüber 2016 ein um 14,3% höheres Bruttosteueraufkommen erzielt. Für 2018 werden dafür 4,25 Millionen Euro veranschlagt, knapp 3% mehr als 2017. Die Gewerbesteuererinnahmen wuchsen – u.a. dank neuer Industrieansiedlungen in den Gewerbegebieten – von 2016 auf 2017 um 27,27%. Für 2018 werden dafür 1,46 Millionen Euro angesetzt. Auch die Einkommenssteuereinnahmen stiegen von 2016 auf 2017 um 6,77% und sollen 2018 mit 1.58 Millionen Euro um 11,27% höher sein als im Vorjahr.

Die Kehrseite der Medaille besteht in der für 2018 prognostizierten Kürzung der Schlüsselzuweisungen um 25% (knapp 180 Millionen Euro) sowie in der ebenfalls um 25% erhöhten Kreisumlage (2018 beträgt diese 1,567 Millionen Euro) und der um 4% ansteigenden Gewerbesteuerumlage (2018 in Höhe von 325.000 Euro). Letztere war bereits von 2016 auf 2017 um 27% erhöht worden. Im Ergebnis führen diese Zahlen dazu, dass der Gemeinde im Jahr 2018 mit 2,36 Millionen Euro ein um 8,25% niedrigeres Nettoeinkommen zur Verfügung stehen wird, das sind 55,55% des Bruttosteueraufkommens (2017 waren es noch 62,34%).

Dies wird zur Folge haben, dass sich die Gemeinde, wenn sie die Großprojekte Rathuserweiterung und Rückbau der beiden Hauptdurchgangsstraßen (wir berichteten davon) stemmen will, höher verschulden muss als in den Vorjahren. Geplant ist dafür eine Darlehensaufnahme von 2,03 Millionen Euro, was zu einem voraussichtlichen Schuldenstand am 31.12.2018 in Höhe von 3,63 Millionen Euro führen wird, ein Zuwachs von 1,8 Millionen Euro gegenüber 2017. Entsprechend erhöht sich die Pro-Kopf-Verschuldung auf 1042,85 Euro je Einwohner, nahezu der doppelte Wert im Vergleich zu 2017.

Während der Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von 5,40 Millionen Euro gegenüber 2017 nur unwesentlich ansteigt, verdeutlicht der Blick auf den 6,97 Millionen Euro schweren Vermögenshaushalt – 2017 betrug dieser 3,23 Millionen Euro – die besondere Situation, in der sich die Gemeinde in diesem und den kommenden Jahren befinden wird. Hier deklariert der Haushaltsplan auf der Einnahmenseite 2,33 Millionen Euro als Zuweisungen für Fördermaßnahmen, 2,03 Millionen Euro als Darlehensaufnahme, 860.000 Euro als Rücklagenentnahme, 825.000 Euro als Veräußerungserlöse (Grundstücke, Beteiligungen, Anlagevermögen), 631.000 Euro als Beiträge und Entgelte und 175.700 Euro als Zuführung

vom Verwaltungshaushalt. Dem stehen u.a. folgende Ausgaben gegenüber: für Baumaßnahmen im Tiefbau 3,21 Millionen Euro, für Baumaßnahmen im Hochbau 2,87 Millionen Euro, für den Vermögenserwerb 680.600 Euro und für Tilgungen 171.000 Euro.

Von allgemeinem Interesse sind die für 2018 geplanten Aufwendungen für die bereits genannten Großprojekte. Die geplante Erweiterung des Rathauses einschließlich Inventar, Ausstattung und Baunebenkosten schlägt in diesem Jahr mit 1,15 Millionen Euro zu Buche. Hier muss allerdings noch geklärt werden, ob die neuen Räumlichkeiten mit einer Klimaanlage ausgestattet werden sollen. 3,19 Millionen Euro „verschlingt“ im Jahre 2018 die Umsetzung der städtebaulichen Maßnahmen im Rahmen der „Städtebauförderung 2018-2021“. Konkret wird hier ein enormer Geldbetrag für die Belebung der Ortsmitte durch den geplanten Rückbau der Rother und der Weißenburger Straße in die Hand genommen, wovon 2,18 Millionen Euro gefördert sind. Berücksichtigt man die Fördergelder und Ersatzleistungen insgesamt, ergeben sich für die Gemeinde für die Jahre von 2018 bis 2021 Kosten in Höhe von 1,25 Millionen Euro, das entspricht 32% des Gesamtbauvolumens von 3,88 Millionen Euro. Die Baukosten für das Projekt „Wohnen für Alle“ in Höhe von 1,35 Millionen Euro im Jahre 2018 werden nicht über den Haushalt der Gemeinde abgerechnet (wir berichteten davon).

Auch in den Einzelplänen der kommunalen Einrichtungen sind zusätzliche Aufwendungen erkennbar. In der Finanzplanung für die Grundschule liegt der Schwerpunkt in der Umsetzung des Masterplans BAYERN DIGITAL II mit rund 50.000 Euro. Die Erweiterung des Kindergartens um einen Anbau für die Intensivbetreuung kostet die Gemeinde 476.650 Euro, wovon 400.000 Euro gefördert sind. Die Sanierung der Bauhofhalle und die Errichtung der Grüngutcontaineranlage belasten den Gemeindehaushalt mit 95.500 Euro. 150.000 Euro werden als Stammeinlage in das 2018 zu gründende Kommunalunternehmen „Mittelfranken Süd gkU“ in Ansatz gebracht, das von den Gemeinden Röttenbach, Georgensgmünd und der Stadt Spalt 2016 vereinbart wurde. Der Breitbandausbau, der 2019 flächendeckend für die Gemeinde Röttenbach verwirklicht werden soll, schlägt bereits in diesem Jahr mit 50.000 Euro für Beratungsleistungen zu Buche.

In der Diskussion wurde von Seiten der CSU zum wiederholten Male bemängelt, dass Bürgermeister und Verwaltung den Gemeinderat über geplante Großprojekte nur ungenügend vorab informieren, so z.B. aktuell bei der Frage, ob der Erweiterungsbau des Rathauses mit einer Klimaanlage ausgestattet werden soll. Befürchtet werden bei den geplanten Baumaßnahmen generell, dass die Kosten „aus dem Ruder laufen“ könnten. Dem hielt Bürgermeister Thomas Schneider entgegen, dass man über einzelne Projekte bereits seit mehr als 3 Jahren ständig diskutiere, und dies größtenteils gemeinsam mit den verantwortlichen Planern. Natürlich könne man nicht jedes Detail im Gemeinderat erörtern. Man müsse den Architekten, die sich ihrerseits mit den Fachleuten kurzschließen, schon ein gewisses Vertrauen entgegenbringen. „Und im übrigen“, so Schneider weiter, „sind die Ausschreibungen immer auf der Grundlage von Gemeinderatsbeschlüssen erfolgt.“

Ein gewichtiger Einwand zu den Vorgaben des Haushaltsplanes kam von Frank Konrad jun. (CSU) hinsichtlich der prognostizierten Zinsentwicklung von durchgehend 0,5 %. Er verwies auf die knappe Kalkulation bei der gegenseitigen Verrechnung der geplanten Tilgungen in Höhe von 171.000 Euro mit der Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in Höhe von 175.700 Euro. Schneider sieht dagegen keine Gründe für eine Änderung der gemeindlichen Darlehensstrategie in den nächsten drei Jahren. Es gäbe zwar gewisse Risiken,

aber die seien beherrschbar. Immerhin verfüge die Gemeinde über Rücklagen in der KaDe GmbH, die im Notfall zur Verfügung stehen würden. Für die abschließende Abstimmung über den Haushalt der Gemeinde 2018 fasste Frank Konrad jun. nochmals die Bedenken „auf der Gegenseite“ zusammen. Für ihn ist der Finanzierungsspielraum bei den Großprojekten zu gering gestaltet worden, und daraus ergebe sich seiner Meinung nach die Gefahr von zusätzlich erforderlichen Zwischenfinanzierungen, aus denen „ein Loch“ entstehe, „aus dem wir nicht mehr herauskommen werden“. Gemeinsam mit Johann Gilch, Christian Riedl und Anton Schmidlein (alle CSU) stimmte er gegen den Haushaltsplan der Gemeinde Röttenbach für das Jahr 2018.

Nach der Verabschiedung des Haushalts mit 10:4 Stimmen bedankten sich die Fraktionssprecher bei der Verwaltung und bei Bürgermeister Thomas Schneider. Michael Kauschka betonte noch einmal, man habe zwar mit den Großprojekten ein Zeichen gesetzt, und der Großteil des Gemeinderats sei auch bereit, Risiken einzugehen, doch er plädiere für eine professionelle Begleitung der Projekte. Dies vor allem dann, wenn der jetzige Kapitän von Bord gehe, um sich höheren Aufgaben in der Landespolitik zu widmen.

Im Zusammenhang mit den geplanten Straßenbaumaßnahmen kamen auch die beiden „Schandflecke“ in der Ortsmitte zur Sprache. Es geht um die Abraumhalde auf dem Gelände des ehemaligen März-Hauses (Mühlstettener Straße 2) und um die „Bauruine“ in der Rother Straße. Im Gespräch mit unserer Zeitung gab Bürgermeister Thomas Schneider zu verstehen, dass der vom Abriss des März-Anwesens verbliebene Schutthaufen spätestens bis Ende Mai noch einmal auf zu hohe Sulfidwerte hin untersucht werden müsse. Davon hänge ab, ob das Material (vor allem der Sandstein) auf eine Sonderdeponie entsorgt werden muss, was für die Gemeinde Mehrkosten in Höhe von ca. 30.000 Euro bedeuten würde. Bis Mitte des Jahres, das könne er versprechen, werde der „Schandfleck Nr.1“ beseitigt sein.

Beim „Schandfleck Nr. 2“, so Bürgermeister Schneider weiter, gestalte sich die Bereinigung schwieriger. Hier gäbe es einen bereits über ein Jahr andauernden Rechtsstreit zwischen dem Eigentümer des Wohn- und Geschäftshauses (ehem. Friseurgeschäft Hamm) und der Gemeinde, die von der abgerissenen Scheune (Rother Straße 1) die Nordwand und die dazu gehörigen Stützmauern stehen lassen musste, um den Einsturz des Nachbarbaus, der seinerzeit ohne Rückwand aufgestellt, d.h. nur an die nebenstehende Scheune angelehnt wurde (!), zu verhindern. Die Gemeinde würde dieses Gebäude gerne erwerben, um es abreißen zu können. Doch bislang konnte man sich – auch nach einer Güteverhandlung – nicht auf einen Preis einigen. Auf den Vorschlag der Gemeinde, einen Gutachter zur Ermittlung eines Kaufpreises einzuschalten, wollte die Gegenseite bislang nicht eingehen. Im Gegenteil: sie argumentiert aktuell, dass durch den Abriss der Scheune das ehemalige Wohn- und Geschäftshaus nicht mehr als solches nutzbar sei.

Dr. Johann Schrenk (srk, jos)
Röttenbach 23.4.2018